

Religion und Menschenrechte

Gemeinsam mit der Katholischen Universität in Zagreb veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) vom 9. bis 12. Dezember eine internationale Konferenz zum Thema: „Politische Rechte und Religion“. Im Beisein des Projektleiters des Forschungsprojektes „Religion und Menschenrechte“, Prof. Hans-Georg Ziebertz von der Universität Würzburg, diskutierten Wissenschaftler aus verschiedenen (Entwicklungs-) Ländern das Verhältnis von Religion und Menschenrechten in den verschiedenen demokratischen Gesellschaften.

In seiner Begrüßungsrede gab **Prof. Dr. Željko Tanjić** seiner Freude Ausdruck, dass die Katholische Universität Zagreb der Gastgeber dieser Konferenz sein dürfe. Die Katholische Universität sei schon immer ein Ort intensiver Diskussionen gewesen und man freue sich auch diesmal wieder über ein äußerst aktuelles und historisch wichtiges Thema, wie „Politische Rechte und Religion“ im Rahmen einer internationalen, interdisziplinären, interkonfessionellen und interreligiösen Konferenz debattieren zu können. Den Reichtum der Konferenz sehe er vor allem in der Tatsache, dass 31 Wissenschaftler aus 19 Ländern und verschiedenen Disziplinen die Möglichkeit hätten, die Ergebnisse der jeweiligen nationalen Forschung auszutauschen und über sie zu diskutieren. Das Verhältnis zwischen Religion und Menschenrechten sei sehr bedeutsam, gerade weil die Religion sowohl eine Position für als auch gegen die Existenzberechtigung von Menschenrechte einnehmen könne und auf diese Art und Weise einen wichtigen Beitrag zur Einordnung von Menschenrechten leisten könne.

Dr. Michael Lange stellte dann kurz die Stiftung und ihren Auftrag vor, der sich nicht in der Förderung der Europäischen Integrationen und der Verbreitung christlich-demokratischer Werte erschöpfe. Er verwies darauf, dass die Stiftung vor allem Freiheit und Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte weltweit fördere und es ihm wichtig erscheine, dass schon Jugendliche mit den Menschenrechten, wie auch mit dem Verhältnis dieser Rechte zu einzelnen religiösen Überzeugungen konfrontiert würden. Er verwies darauf, dass diese Konferenz nicht das erste gemeinsame Projekt mit der Katholischen Universität sei, und er hoffe dass die erfolgreiche Zusammenarbeit sich auch in Zukunft fortsetzen werde.

Prof. Dr. Hans-Georg Ziebertz stellte die Frage: „Wie können wir eine Kultur des Zusammenlebens schaffen, die Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für alle garantiert?“, an den Anfang seines Einführungsvortrags. Er erinnerte daran, dass sich die meisten Länder einig darüber seien, dass die Menschenrechte Grundelemente der Menschenwürde darstellten. Menschenrechte müssten als eine allgemeine Übereinkunft angesehen werden, auf die sich die Zivilisation geeinigt habe. Sie beinhalten den Anspruch auf Frieden, Freiheit und eine rechtsstaatliche Ordnung wobei man sich bewusst sein sollte, dass viele Menschenrechte in der heutigen Welt stark unter Druck stehen würden. Er erwähnte das Recht auf Versammlungsfreiheit, das Recht auf Selbstverteidigung, aber auch die Einschränkungen des Rechtes der Medien bzw. der freien Berichterstattung. Auch die Angst vieler Flüchtlinge um ihr Leben und die Angst als Asylsuchender zurückgewiesen zu werden gehören zu aktuellen Ängsten um den Verlust von Rechtsgütern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

ANITA ŠAKIĆ

Dezember 2015

Platz für Verlinkung

www.kas.de

Er unterstrich in seinem Vortrag, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien, aber in der Realität bzw. der politischen Praxis einzelner Regime dem nicht (ausreichend) Rechnung getragen werde und es zu Verstößen gegen die Menschenrechte komme.

Der Vize-Rektor der Katholischen Universität und Leiter des Forschungsprojektes für Kroatien **Prof. Dr. Gordan Črpić** stellte dann ausführlich, die im Rahmen des internationalen empirischen Forschungsprojektes „Religion und Menschenrechte“ im November und Dezember 2014 unter 1284 kroatischen Gymnasiasten durchgeführten Befragungsergebnisse vor.

Diese zeigten, dass Gymnasiasten die unregelmäßig bzw. überhaupt nicht in die Kirche gingen, politisch eher links-orientiert seien. Im Gegensatz dazu seien solche Gymnasiasten, die regelmäßig in die Kirche gingen oft eher rechts-orientiert.

Mit Blick auf verschiedene Menschenrechte ordneten die Gymnasiasten den sozialen und wirtschaftlichen Rechten die höchste Bedeutung (Note 4,33) und den juristischen Rechten (etwa auf Hinzuziehung eines Anwalt bzw. eines Verteidigers) die niedrigste Bedeutung (Note 2,79) zu.

Weitere Bürgerrechte, die politischen Rechte und das Recht auf Leben bekamen von den Befragten auf der Skala von eins bis fünf eine durchschnittliche Bedeutung (Note 3,00). Prof. Dr. Črpić meinte dann, dass die Forschungsergebnisse in der Tendenz eine Distanzierung von der Abtreibung bestätigten, was mit einem wachsenden Konservatismus korreliere (42% der Gymnasiasten sind für einen Verbot, 19% unentschlossen und 37,5% gegen ein Verbot der Abtreibung). In der Frage der Euthanasie zeigten sich die Gymnasiasten dagegen eher liberal, sie wurde von 47% der Befragten unterstützt, während 29% für einen Verbot eintraten und 23,4% sich unentschlossen zeigten.

Mit Blick auf die Religiosität der Befragten zeigten die Forschungsergebnisse, dass die Gymnasiasten eine eher religiöse Gruppe darstellten, da sich 85% als Katholiken bezeichneten, 32% regelmäßig in die Kirche gingen und 45% sogar regelmäßig beteten.

Nach Meinung von Prof. Dr. Črpić zeigten diese Forschungsergebnisse, dass es nur wenige Hinweise auch sich verstärkende Säkularisierungsprozesse in Kroatien gebe, die oft zuerst bei der jüngeren Bevölkerung erkennbar würden, was z. B. die in Slowenien, Österreich und Spanien ermittelten Forschungsergebnisse zeigten.